GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Für das Politische in der Politischen Ökonomie - Einleitung

Freudenschuss, Magdalena; Scheele, Alexandra

2013

https://doi.org/10.25595/3362

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Freudenschuss, Magdalena; Scheele, Alexandra: *Für das Politische in der Politischen Ökonomie - Einleitung*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 22 (2013) Nr: 1, 9–20. DOI: https://doi.org/10.25595/3362.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Für das Politische in der Politischen Ökonomie

Einleitung

MAGDALENA FREUDENSCHUSS. ALEXANDRA SCHEELE

Die Finanzmarktkrise und die ihr nachfolgenden Wirtschafts-, Währungs- und Schuldenkrisen haben zu einer Renaissance der Kapitalismuskritik in Politik, Feuilleton, Wissenschaft und Alltag geführt. Diese Kritik divergierte jedoch deutlich: Während die Occupy-Bewegung, die Bewegung der Indignados in Spanien oder auch die griechischen Proteste die politisch-ökonomische Verfasstheit der jeweiligen Gesellschaften fundamental in Frage stellten, reflektierte der Präsident des Weltwirtschaftsforums in Davos 2012 zwar darüber, ob das kapitalistische System in seiner jetzigen Form nicht mehr in diese Welt passe, ein politisch-wirtschaftliches Umsteuern war jedoch damit nicht impliziert.[1] Auch ein Blick in die medialen Beiträge – Beispiele finden sich z.B. bei van Dyk 2012, 292f. – macht deutlich, dass sich im Mainstream und an seinen Rändern „radikale Rhetorik" (van Dyk), handfeste Systemkritik und wissenschaftliche Analysen der kapitalistischen Ökonomie und ihrer Finanzialisierung finden lassen.

Bei aller Unterschiedlichkeit markiert die Kritik doch die Risse des hegemonialen, „untoten"[2] Neoliberalismus – ein Bruch ist daraus allerdings nicht geworden: Die massenmediale Resonanz auf die Systemkritik von den Straßen und Plätzen westlicher Metropolen erscheint aus aktueller Perspektive vielmehr als rhetorische Ausweichbewegung. Der tatsächliche Veränderungswille ist gering, stattdessen dominiert auf politischer Ebene das Credo „Weiter-So". Die Politik wirkt dabei immer weniger als handlungsfähiges System, sondern erweckt den Anschein einer von Sachzwanglogik des Marktes auf der einen und Proteststimmung in der WählerInnenschaft auf der anderen Seite zerriebenen Instanz, die sich dann in autoritärer oder technokratischer Gestalt zeigt (vgl. z.B. Scheele 2012). Allerdings wirft auch die „radikale Rhetorik" der sozialen Bewegungen einige Fragen auf. So ist nicht nur der Gegenstand der Kritik lediglich „diffus klar", sondern auch das mit ihr verfolgte Anliegen – „Kapitalismuskritik (ist) nicht per se links in dem Sinne, dass sie sozialemanzipatorische Tendenzen und Möglichkeiten befördert" (Kurz-Scherf 2012, 89). Die Kritik an staatlichen Krisenbewältigungsstrategien, an FinanzmarktakteurInnen, die aus Staatsverschuldung noch weiteren Profit zu schlagen versuchen, sowie am Kapitalismus an sich, lässt den Angelpunkt vermissen, an dem ein anderes Denken ansetzen könnte. Die Vielfalt rhetorischer Ausweichbewegungen unterstreicht die

Frage, wie sozial-emanzipatorische Tendenzen befördert werden können – und welchen Beitrag feministische Ansätze der Politischen Ökonomie dazu leisten können. Als grundlegend hierfür sehen wir die Beschäftigung mit dem Moment des Politischen der Politischen Ökonomie. Diese Akzentuierung ist nicht zuletzt dadurch begründet, dass in den wissenschaftlichen, politischen und medialen Debatten gegenwärtig ein enger Ökonomie-Begriff dominiert, sodass sich der Gestaltungswille und die Überlegungen zur Gestaltungsmacht der Politik in Bezug auf die Ökonomie auf die Debatte über Finanztransaktionssteuern und die Regulierung des Bankensektors begrenzen. Feministische Perspektiven der Politischen Ökonomie zu versammeln, wie in diesem Schwerpunktheft der Femina Politica, verstehen wir als Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Politischen, den Grenzen des Politischen sowie der Diskussion um gesellschaftliche Verhandlungs- und Gestaltungsmacht. Die Unbestimmtheit und die Unschärfe des Politikbegriffes darf dabei nicht darüber hinwegtäuschen, dass „die Frage nach den Grenzen des Politischen eine ‚politische' Frage" (Fraser 1994, 16) ist. Aus feministischer Theorie gespeist und mit Blick auf die Ökonomie rückt insofern die Dichotomie zwischen privat und öffentlich, die grundlegend für die Strukturierung sowohl von Kapitalismus als auch von Patriarchat ist, in den Blick. Die Grenzziehung zwischen privat und öffentlich fungiert dabei nicht allein als Konstruktionsprinzip dessen, was als das Ökonomische gesehen wird, sondern auch dessen, was als politisch gilt – oder eben nicht.

Aus feministischer Sicht wird die die westliche politische Ideengeschichte prägende Trennung von Staat und Ökonomie, die aus der Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit und mit der Zuordnung von wirtschaftlichen Prozessen in die private Sphäre begründet wird, ins Zentrum der Kritik gerückt. Gleichwohl gilt es immer wieder, sich in der Analyse diese Trennung – ebenso wie ihren eurozentristischen Bias – bewusst zu machen: Ursprünglich wird mit *oikos* das Haus bzw. die Familie bezeichnet und damit ein Bereich, der nicht den Entscheidungen der öffentlichen *polis* unterworfen ist und insofern in der griechischen Antike als nicht-politisch definiert wurde. Zu Beginn der Neuzeit wuchs die Erkenntnis, dass auch das wirtschaftliche Leben allgemeiner Regelungen bedarf, um auf Dauer funktionsfähig zu sein. Dennoch bildete die Gesellschaft in der alteuropäischen Tradition ein politisch-ethisches Gemeinwesen, „basierend auf der Hauswirtschaft als einheitlicher ‚Ökonomie' von Produktion und Konsumtion und der ‚Wirtschaft' als ‚Gegenstand fürstlich-väterlicher Wohlstandsmehrung' und ‚polizeilichem Reglement'" (Naschold 1984, 13). Erst Handel, Märkte und das Fabriksystem mit entsprechenden staatlichen Regulierungen führten zur Herausbildung der „bürgerlichen Gesellschaft" als wesentlich wirtschaftlich konstituierter Gesellschaft.

In der späteren Neoklassik werden allerdings das Politische und das Moralische von der ökonomischen Analyse getrennt und zusammen mit der Grenznutzentheorie der „homo oeconomicus", das frei wählende, tauschende und rational handelnde Individuum, eingeführt. Die „reine Ökonomie" machte sich damit frei vom gesellschaftlichen Bezug und trennt Politik und Ökonomie voneinander. Damit wurde eine rela-

tive Separierung von Wirtschaft und Staat konstituiert, die sich mit dem imperialen Projekt sowie der rassistischen und patriarchalen Konstituierung der Gesellschaft immer stärker verzahnt hat. Die klassische Trennung der gesellschaftlichen Sphären Politik und Ökonomie bzw. Staat und Wirtschaft bildet die Grundlage des liberalen Gesellschaftsprojektes, das auch die paradigmatischen Grundlagen der Neoklassik prägt: Gesellschaftliche Arbeit wird nur noch als ein ökonomischer Produktionsfaktor von mehreren begriffen und auf die Produktion als Bereich gesamtgesellschaftlicher Tausch- und Produktionsbeziehungen begrenzt. Die soziale Reproduktion gesellschaftlicher Arbeit hingegen wird von der gemeinwirtschaftlichen Ökonomie und von den Gelderträgen aus der Lohnarbeit abgelöst und Politik wird als eigenständiger und von Religion und der allgemeinen Wirtschaft separierter Bereich des Staates etabliert. Die Rollenverteilung zwischen Staat und Ökonomie führt zu einer zunehmend geldökonomischen Abbildung und Regulierung der sozialen Beziehungen, Praktiken und Produkte in der Wirtschaft, abgelöst von ihrem sozialen und politischen Gehalt (vgl. Naschold 1984, 13; Sesselmeier/Blauermel 1997, 44ff.).

Von marxistischer, kapitalismuskritischer Seite wird diese liberale Trennung von Staat und Wirtschaft, Politik und Ökonomie kritisiert und auf ihre enge Verflechtung hingewiesen, die schon immer ein konstituierendes Merkmal kapitalistischer Gesellschaften gewesen sei. Der Staat sei niemals nur „Überbau", sondern immer schon integraler Bestandteil kapitalistischer Produktion und Reproduktion gewesen, folglich habe es niemals eine Staatsfreiheit der Wirtschaft oder Wirtschaftsfreiheit des Staates gegeben. Auch die Frage nach der Steuerungsfunktion von Markt oder Staat sei müßig, da kapitalistische Gesellschaften kein einheitliches Steuerungszentrum hätten, sondern ihre Entwicklung Ergebnis eines offenen historischen Prozesses sei, „bei dem die konkreten Bedingungen des materiellen Reproduktionsprozesses und die darin strukturell wurzelnden Klassen ebenso mitwirken wie die daraus resultierenden Klassenbewegungen und -kämpfe einschließlich deren politisch-ideologischer Organisationsform" (Esser 1985, 235).

Die politikwissenschaftliche Subdisziplin „Politische Ökonomie" zielt nun darauf, ökonomische und politische Prozesse wieder zusammenzuführen und deutlich zu machen, dass Politik auf Wirtschaft bzw. wirtschaftliches Handeln wirkt und umgekehrt Wirtschaft Einfluss auf Politik bzw. politisches Handeln hat. In ihren verschiedenen Ausprägungen – sei es in der liberalen klassischen Nationalökonomie Adam Smiths oder auch in der kapitalismuskritischen Politischen Ökonomie Karl Marx' wird jedoch dem „Geschlechtervertrag" keine Bedeutung beigemessen bzw. dieser fortgeschrieben, wie auch der Beitrag von *Gabriele Michalitsch* in diesem Heft zeigt.

Feministische Kritik richtet sich deshalb gegen die doppelte Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit (vgl. z.B. Sapiro 1998; Lang 2004; Behning 2004). Durch die Unterscheidung zwischen Staat und (Privat-)Wirtschaft einerseits und zwischen Wirtschaft[3] und (Privat-)Haushalten andererseits werden Geschlechterungleichheiten in mehrfacher Hinsicht ausgeblendet. Die für die (Privat-)Wirtschaft kon-

stitutive geschlechtsspezifische Arbeitsteilung (bezahlt – unbezahlt) entzieht sich ebenso einer (staatlichen) politischen Regulierung wie die geschlechtshierarchische Arbeitsbewertung (hoch entlohnt – niedrig entlohnt), die in ihrer Unterscheidung zwischen Frauen- und Männertätigkeiten quasi eine Fortsetzung dieser Arbeitsteilung in einem halböffentlichen Raum darstellt. Der „homo oeconomicus" wird „zum öffentlichen Wesen erklärt, während die immer noch überwiegend von Frauen geleistete Familienarbeit privat, d.h. ohne gesellschaftlichen Bezug (und damit Relevanz) und ohne Anerkennung bleibt" (Lang 2004, 73). Mit der Figur des „homo oeconomicus" wird ein gesellschaftliches Leitbild etabliert, das einerseits Ausdruck dieser Trennung ist. Andererseits steht diese Figur aber auch emblematisch für die Verwobenheit von Herrschaftsdimensionen: Es handelt sich nämlich mitnichten um eine (geschlechts-)neutrale Figur, sondern sie ist, wie Friederike Habermann (2008) zeigt, grundlegend vergeschlechtlicht und rassifiziert. Insofern bringt dieses gesellschaftliche Leitbild die Verschränktheit von Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus ebenso auf den Punkt wie es auf die gesellschaftliche Trennung von privat und öffentlich verweist.

Frauen denkt ökonomisch! – Herausforderungen

Ökonomisch zu denken, meint zuvorderst die Aufmerksamkeit auf jene Einrichtungen und Handlungen zu lenken, die der planvollen Deckung menschlichen Bedarfs dienen und damit das Prinzip der Versorgung und nicht das Prinzip der Verwertung ins Zentrum stellen (vgl. Kurz-Scherf 2012, 93). Die aktuelle, in der feministischen Forschung verdichtete Auseinandersetzung zu Care verfolgt diesen Ansatz: Sie macht Fragen der Ökonomie wieder stärker zu einem feministischen Forschungsgegenstand, insbesondere auf jener Ebene, auf der es um die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse, um die Momente der Sorge geht (vgl. z.B. aktuell Widerspruch 62; Das Argument 292; Gender 3/2011).

Der Sektor der Sorge erhält dabei explizit das Attribut des Ökonomischen: Ist von Care-Ökonomie die Rede, so spielen Stichworte wie Care Drain und globale Sorgeketten (global care chains) eine wesentliche Rolle. Vergleichsweise neu ist der Umfang dieser globalen Dimension von Arbeitsteilung: Sorgearbeit wird von überwiegend weißen Frauen der Mittelschicht an migrierte Frauen ausgelagert, die ihrerseits die entstehenden Care-Lücken in ihren Herkunftsfamilien mit ihrerseits migrierten Frauen füllen. Care-Arbeit bleibt vergeschlechtlichte, in den Zuständigkeitsbereich von Frauen verwiesene Arbeit. Ihr rassifizierter Charakter verschärft sich im Kontext spätkapitalistischer Globalisierung auf besondere Weise (vgl. z.B. Lutz 2007).

Die aktuelle deutschsprachige feministische Auseinandersetzung mit ökonomischen Fragen, für die die Care-Forschung beispielhaft stehen mag, lässt sich als affirmative Antwort auf Nancy Frasers Appell von 2005 lesen: Damals hatte sie unter dem provokanten Titel „Frauen, denkt ökonomisch!" zwei Phasen des Feminismus unterschieden: *erstens* die in engem Bezug zu den Neuen Sozialen Bewegungen entwickelte Wohlfahrtsstaatskritik und *zweitens* die „Politik der Anerkennung". Letztere

bilanzierte sie äußerst kritisch. Während in der ersten Phase ein erweitertes Modell sozialer Gleichheit verfolgt worden sei, sei es anschließend vorrangig um das „Kulturelle" im Rahmen des Kampfes um Anerkennung gegangen, mit dem Resultat, dass das Problem sozioökonomischer Ungleichheiten und die Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit weitestgehend aus den Augen verloren wurde:

> „Das Timing hätte nicht schlechter sein können. Während der Neoliberalismus sein spektakuläres Comeback feierte, beschäftigte sich der Feminismus mit Debatten über ‚Differenz': Unterordnung wurde als kulturelles Problem ausgelegt und von der politischen Ökonomie getrennt betrachtet. Hypnotisiert von der Anerkennungspolitik, schwenkte die feministische Theorie genau in dem Augenblick in die kulturalistische Einbahnstraße ein, als die Umstände eine doppelte Aufmerksamkeit für die Verteilungspolitik erfordert hätten" (Fraser 2005, 6).

Die Aufgabe des Feminismus bestehe deshalb darin, die neoliberalen Techniken der Selbstsorge und die abnehmende Sicherheit für alle zu analysieren und zu bekämpfen sowie den Kampf gegen Ungerechtigkeiten in der Güterverteilung mit der „‚Politik der Anerkennung' zu verbinden und auf eine transnationale Ebene auszuweiten (Fraser 2005, 7). Orientierungspunkt bilde dabei die Trias aus Anerkennung, Umverteilung und Repräsentation, wobei Repräsentation nicht nur auf die gleichwertige politische Vertretung ziele, sondern auch eine „metapolitische" Frage nach den Grenzen etablierter Politik beinhalte (ebd.). Während Fraser diese Grenzen zunächst als geographisch-politische beschreibt, ist hier bereits die Aufforderung nach einer kritischen Inspektion der Grenzziehungen zwischen Politik und Ökonomie angedeutet, die wir mit diesem Heft verfolgen.

Frasers scharfe Kritik an Feminismen, die sich nicht um die politische Ökonomie kümmerten, kann heute relativiert werden. Anerkennung *und* Umverteilung stehen zunehmend wieder auf der feministischen Agenda. Dabei wird Frasers Aufforderung „Frauen, denkt ökonomisch" nicht, wie Christina Thürmer-Rohr (2006) dies interpretierte, affirmativ als Aufforderung zur weiteren Ökonomisierung des Selbst und des Sozialen gelesen, sondern in eine Neufassung des Begriffs des Ökonomischen transformiert. Aus dieser Kritikperspektive heraus zielen feministische Perspektiven darauf ab, (1) die Trennung zwischen Politik und Ökonomie insofern zu überwinden, als das „Ganze" und damit auch das „Politische" der Ökonomie sichtbar wird, (2) systematisch ausgeblendete Komponenten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in den Blick zu nehmen und eine Kritik und Erweiterung bestehender Theoreme zu leisten und (3) eine Re-Vision der kapitalistischen Wirtschaftsweise und/oder ihrer zentralen Säulen Arbeit bzw. Normalarbeitsverhältnis oder auch Sozialstaat zu leisten.

(1) Ökonomie als Ganzes – Wider die ökonomische Selbstbeschränkung

Eine Herausforderung für die feministische Auseinandersetzung mit der Ökonomie besteht darin, dass im Mainstream der Wirtschaftswissenschaften der Fokus ausschließlich auf den öffentlichen Teil der Ökonomie gerichtet wird, während ihre

privatisierten Seiten – Hausarbeit, Care, Ehrenamt etc. – unberücksichtigt bleiben. Es handelt sich damit um die wissenschaftliche Fortsetzung der Grundstrukturen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die von einer „strukturellen Abstraktion von allem Qualitativen" (Kurz-Scherf 2012, 93) gekennzeichnet ist und „auf der Abspaltung des größten Teils der in der Reproduktion moderner Gesellschaften zu befriedigenden Bedürfnisse und der dazu notwendigen Arbeit und der Verlagerung in die Privathaushalte, wo sie traditionell vorrangig von Frauen verrichtet wird" (ebd.), basiert.

Die feministische Perspektive richtet hingegen den Blick auf das Ganze. Damit läuft sie allerdings Gefahr, eine Art „Selbstmarginalisierung" zu betreiben, wie Brigitte Young (2012, 38) problematisiert, da die feministische Ökonomie in der Methodik der Mikro- und Mesoökonomie verankert bleibt und in der „Genderforschung die kapitalistische Ökonomie vorwiegend in ihrer Funktionsweise als Produktionskapitalismus – also als reale Ökonomie – konzipiert (wird)" (Young 2012, 38). Auch wenn nun die soziale Reproduktion einbezogen werde, bliebe der Kapitalismus auf das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit reduziert. Darüber hinaus werde die zunehmende Dominanz des globalen Finanzmarktkapitalismus ausgeblendet (ebd.), weshalb zu vielen der gegenwärtig diskutierten Probleme kaum eine feministische Stimme zu vernehmen ist.

Aber ist es nicht zu einfach, der feministischen Ökonomie zu unterstellen, dass sie keine Antworten auf die „großen" Fragen liefern kann? Ist es nicht eben die komplett andere Herangehensweise, das Beharren auf einem anderen Ökonomieverständnis, aus dem erst die Antworten aus den gegenwärtigen Krisen entwickelt werden können? Ökonomie wird etwas anderes durch die feministischen Debatten, die sich an einer Wiederaneignung des Begriffes in einem emanzipatorischen Sinne versuchen. Dies setzt mit den Debatten um Hausarbeit in den 1970er Jahren ein, die inhaltlich heute wieder neue Anschlussstellen finden, aber erstaunlich selten explizit herangezogen werden. Autorinnen wie Silvia Federici (vgl. Cox/Federici 1975) und Mariarosa Dalla Costa (vgl. Dalla Costa/James 1973) argumentierten für eine systematische Berücksichtigung von Reproduktionsarbeit in Diskussionen um Ökonomie. Die Forderung nach einem Lohn für Hausarbeit entsprach einer politischen Antwort auf die feministische Kritik an den herrschenden Verhältnissen. Hausarbeit zu entlohnen sollte eine Aufwertung und damit Anerkennung von Hausarbeit als produktiver Arbeit erreichen. Gerade in der heutigen Debatte um Alternativen und Perspektiven einer anderen Ökonomie scheinen Gedanken aus ökofeministischen Positionen, wie sie in der deutschen Debatte in den 1970ern einen Höhepunkt erlebt hatten, eine zentrale Rolle einzunehmen. *Anna Lisa Gann* verweist in ihrem Beitrag in diesem Heft mit Blick auf die andine Konzeption des Buen Vivir ebenso wie *Silvia Federici* im Kontext einer Politik der Commons auf die Traditionslinie ökofeministischen Denkens: Die Frage nach dem Naturverhältnis gewinnt erneut an Präsenz in polit-ökonomischen Diskussionen, während die Konzeptionalisierung von Geschlecht implizit bleibt und nicht zwangsläufig ökofeministischen Positionen folgt.

Diese feministische Traditionslinie zwischen den Debatten von einst und jenen von heute unterstreicht die Volte, die feministische Positionen innerhalb der Politischen Ökonomie unternehmen: Sie denken in und mit anderen Kategorien. Mit Blick auf die eingangs erwähnten rhetorischen Ausweichbewegungen aktueller Krisenbewältigungsstrategien und -diskurse scheint die Hinwendung zu anderen Grundkategorien der Analyse eine viel versprechende Perspektive emanzipatorischem und darüber hinaus befreiendem Denken und gesellschaftlichem Handeln Raum zu verschaffen.
Der Beitrag von *Anna Lisa Gann* in diesem Heft steht für ein solches Denken, das epistemologische Grenzen in Frage stellt. Mit Blick auf das andine Konzept des Buen Vivir unternimmt sie den Versuch, diese andere Kosmologie für feministisches Denken in Europa zu erschließen. Solche Überlegungen können den Ausgangspunkt für eine weit reichende Revision einer euro- und androzentristischen Epistemologie bilden, die auch der Politischen Ökonomie als (Teil-)Disziplin zugrunde liegt. Für das europäische Denken liefern nicht-europäische Interventionen, so sie denn wahrgenommen werden – auf diese Problematik antwortet auch Ganns Beitrag –, eine notwendige Irritation, von europäischen feministischen Ansätzen (nicht nur) in der politischen Ökonomie ist zu hoffen, dass ihre lange Geschichte der Auseinandersetzung mit Herrschaftsstrukturen, eigenen Aus- und Einschlüssen und Privilegierungen, zuletzt im Kontext der Intersektionalitätsdebatten, sie offen für eine Provinzialisierung des eigenen Denkens einerseits und offen für eine Globalisierung der eigenen Wahrnehmung andererseits sein lässt. Schließlich lässt der Beitrag von Gann aber auch erkennen, dass ein Denken und Handeln in anderen epistemologischen Kategorien (Mignolo 2012) für europäische Feminismen und die europäisch-westliche politische Ökonomie in ihrer Gesamtheit eine sehr grundsätzliche und schwierige Herausforderung, wenn auch eine lohnende Unternehmung darstellt.
Einen erkenntnistheoretischen Zugang wählt auch *Mirjam Dierkes* in ihrer Auseinandersetzung mit dem Utopiebegriff, den sie für die Analyse von aktuellen alternativen ökonomischen Praktiken nutzbar machen kann. Sie problematisiert, dass das Utopische zwar vor dem Hintergrund der jüngsten wirtschaftlichen Krisen und ökonomischen und sozialen Verwerfungen wieder *en vogue* ist, dass es sich dabei aber bestenfalls um die Re-Vision von Inhalten handelt, nicht aber um eine Reflexion darüber, worin denn konkret das utopische Moment besteht. Sie stellt die These auf, dass es einer Verknüpfung von demokratietheoretischen und ökonomiekritischen Perspektiven bedarf, um einen feministischen Begriff des Utopischen als gesellschaftstheoretisches Analyseinstrument zu konturieren.
Katharina Hajek und *Benjamin Opratko* bieten in ihrer Zusammenführung feministischer und neogramscianischer Krisenanalysen schließlich eine nochmals anders akzentuierte theoretische Verschiebung an. Die beiden Autor_innen zeigen zunächst systematisch auf, wo feministische Analysen ansetzen, welche Fragen sie stellen und zu welchen Diagnosen sie gelangen. Sie verhandeln dabei auch das Verhältnis von Politik und Ökonomie, indem sie tradierte Grenzziehungen in Frage stellen und einen integralen Blick voranbringen. Das neogramscianische Theoriegerüst erlaubt

ihnen dabei, aktuelle Krisendynamiken als Systemkrise zu verstehen und stabilisierende Momente auszumachen. Für diese wiederum spielen vergeschlechtlichte Subjektivierungsprozesse eine grundlegende Rolle. Hajek und Opratko bieten in ihrer Vermittlung neogramscianischer und feministischer Theorien theoretische wie analytische Einblicke in die Bearbeitung aktueller Krisen an, die verschiedene Analyseebene miteinander kombinieren und die politische Dimension des Ökonomischen deutlich herausarbeiten.

Das Interview mit *Silvia Federici* zeigt schließlich, dass die feministischen Debatten der 1970er Jahre im Ansatz des Commoning und der Konzeptionalisierung ebenso wie der Politisierung von Gemeingütern (Commons) Fortsetzung ebenso wie Neuorientierung erlangen. Federicis Argumentation unterstreicht so mit besonderer Klarheit, an welchen Stellen und in welcher Form feministische Interventionen in die Ökonomie erstens politisch sind und zweitens das Ganze der Ökonomie ansprechen.

(2) Kritik und Erweiterung bestehender Theoreme

Die feministische Ökonomie hat „Blindstellen und geschlechtsspezifische Asymmetrien in der ökonomischen Theorie- und Modellbildung identifiziert und damit Ansatzpunkte für alternative Theorien, Modelle und Politiken herausgearbeitet“ (Bauhardt/Çağlar 2010, 8). Wenn auch die Ansätze in der feministischen Ökonomie – wie auch in diesem Heft deutlich wird – nicht nur thematisch, sondern auch hinsichtlich ihrer theoretischen Verortung und hinsichtlich ihres Erkenntnisinteresses deutlich divergieren, so eint sie doch die „Kritik am doppelten Androzentrismus der Wirtschaftswissenschaften hinsichtlich der Dominanz von Männern in der Disziplin und der Ausblendung von Frauen bzw. Geschlecht in der Theoriebildung“ (ebd.). Allerdings ist die Kritik nur der Weg hin zu einer Perspektiverweiterung des Ökonomischen.

Worin besteht nun die Kritik, worin die Erweiterung? Die Kritik hebt auf die Leerstelle Geschlecht ab. Geschlecht gilt dabei sowohl als Analyse- als auch als Strukturkategorie. Weitgehend geteilt wird vor diesem Hintergrund die Forderung nach einer systematischen Berücksichtigung von Frauen als ökonomischen Akteurinnen. Dazu zählen Debatten zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, die Frage nach Frauen in Führungspositionen (z.B. Holst/Busch/Kröger 2012) oder auch mikroökonomische Aktivitäten von Frauen (z.B. zu Mikrokrediten: Batliwala/Dhanraj 2006). Darüber hinaus ist zweifelsohne auch die Kritik an der Nichtbeachtung der Geschlechterverhältnisse im Kontext ökonomischer Forschung und Theoriebildung zentral. Über die bisher benannte Ausblendung von Frauen als ökonomischen Akteurinnen hinaus meint dies auch die Reflexion der Verwobenheit von Kapitalismus, Imperalismus, Rassismus und Patriarchat. Dies kann von der Erweiterung bestehender Theorieansätze um eine Geschlechterdimension bis hin zur Arbeit mit intersektionalen Perspektiven reichen. Letztere steht dabei in einer langen feministischen Traditionslinie. Von der kritischen Theorie bis zu ökofeministischen Ansätzen wurden in den 1970er Jahren die Verschränkungen von Patriarchat und Kapitalismus in-

tensiv diskutiert. Intersektionalität als theoretisches Konzept und methodologischer Zugang erfuhr allerdings im deutschsprachigen Kontext erst in den letzten Jahren systematischere Aufmerksamkeit (vgl. u.a. Lutz/Herrera Vivar/Supik 2010).
In Bezug auf die systematische Integration einer Geschlechterperspektive zeigt in diesem Heft der Beitrag von *Felix Hauf*, welche analytischen Potentiale in einer feministischen politischen Ökonomie für bestehende theoretische Ansätze liegen. Hauf nimmt zunächst die Regulationstheorie unter die Lupe. Diese verfolgt den Anspruch, die materialistische Gesellschaftskritik zu erneuern und die Dialektik zwischen Struktur und Handlung in die Analyse historisch-konkreter Gesellschaftsformationen einzubeziehen. Allerdings – so die feministische Kritik – werden die Geschlechterverhältnisse und die in sie eingelagerten Macht-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse trotz des kritischen Anspruchs der Regulationstheorie nicht berücksichtigt. Hauf schlägt deshalb vor, die Erkenntnisse der feministischen Gesellschafts- und Subjekttheorie von vornherein in die Cultural Political Economy zu integrieren. Diese versteht sich als Weiterentwicklung der Regulationstheorie und strebt explizit eine Vermittlung von diskursiven und nicht-diskursiven Dimensionen der politischen Ökonomie an. Feministische Erweiterungen bestehender Theorieansätze, so zeigt dieser Beitrag, schärfen das gesellschaftskritische Potential der Politischen Ökonomie, indem sie zu analytischer Komplexität beitragen und Geschlecht als ökonomische Kategorie ernst nehmen.

(3) Re-Vision des Arbeitsbegriffs

Die feministische politische Ökonomie nimmt die Konzeption des Arbeitsbegriffs unter die Lupe: Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die sich auf die Unterscheidung von Produktion und Reproduktion, von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit, deren Hierarchisierung und der gesellschaftlichen Ausblendung letzterer bezieht, ist einer der zentralen Topoi feministischer Kritik. Schließlich behindern „die ökonomische Verfassung moderner Gesellschaften, ihre kapitalistische Wirtschaftsweise und die darin enthaltene Konstruktion und Organisation von Arbeit, deren institutionellen Befestigung im so genannten Normalarbeitsverhältnis, ihre regulative Absicherung durch die Konstruktionsprinzipien des Sozialstaats und ihre habituelle Verankerung im industriekapitalistischen Arbeitsethos und -mythos“ (Kurz-Scherf 2012, 90) Emanzipation und Gleichstellung. Die feministische Kritik eröffnet Perspektivierungen, die sich mit arbeitssoziologischen und auf Arbeit bezogenen geschlechtersoziologischen Ansätzen verknüpfen und für eine systematische Re-Orientierung des Arbeitsbegriffs sorgen. Angesichts der Persistenz dieser feministischen Argumentationslinie und kritischer Alltags- und Bewegungspraxen ist die Frage nach den Herstellungslogiken und -dynamiken dieser institutionalisierten Vergeschlechtlichung von Arbeit nach wie vor aktuell.
Aus sehr unterschiedlichen Perspektiven gehen gleich zwei der Autorinnen dieses Heftes der Frage nach den Kontinuitäten und den Reproduktionsquellen vergeschlechtlichter Arbeitsteilung nach. *Gabriele Michalitsch* zeichnet auf diskursiver

Ebene nach, wie in der klassischen Ökonomie Adam Smiths Reproduktionsarbeit der Status von Arbeit aberkannt wird und eine binär-hierarchische Geschlechterordnung ihren Ankerpunkt findet. Zentrales Moment ist dabei die Gleichsetzung von Wirtschaft und Markt als Sphären der Öffentlichkeit, von der Frauen weitestgehend ausgeschlossen bleiben. Dies hat Folgen für die Gouvernementalität des modernen Staates, mit der vordergründig die Freiheit des Marktes stabilisiert werden soll – faktisch aber bestehende geschlechtliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse festgeschrieben werden. Mit dem Rekurs auf psychoanalytische Konzepte bietet *Beatrice Müller* eine ergänzend lesbare Deutung der Abwertung von Care-Arbeit als Reproduktionsarbeit oder auch als Geheimnis des Marktes, wie es Michalitsch nennt, an. Ausgehend von der These, dass kapitalistische Produktionsweise und patriarchale Geschlechterverhältnisse konstitutiv miteinander verwoben sind, greift Müller zwar zunächst auf das marxistische „Wert-Abspaltungstheorem" zurück, um diese Verwobenheit aufzufächern, um anschließend jedoch eine genauere Inspektion der Kategorie der Abspaltung zu leisten. In der psychoanalytischen Lesart der Abjektion wird dieser Begriff inhaltlich mit Aspekten von Abhängigkeit, Beziehung, Körperlichkeit, aber auch Sterblichkeit genauer gefüllt – also genau jenen Bereichen der Generativität, die Gegenstand von Care sind. Zugleich ist die Abjektion von Care-Arbeit zentrales Moment bei der Erzeugung von Mehrwert. In dieser Lesart erklärt sich dann auch die aktuelle Organisation von Care als prekäre Dienstleistung.

Diese beiden Beiträge unterstreichen einen der zentralen Beiträge feministischer Perspektiven zur Politischen Ökonomie: Sie lehren uns, unsere Kategorien der Wahrnehmung und wissenschaftlichen Analyse, den Gegenstand unserer Analysen selbst kritisch zu hinterfragen und zu erweitern. Feministisch ökonomisch zu denken, meint damit nicht, der Analyse einfach die Kategorien „Geschlecht" oder „Frau" hinzuzufügen oder ökonomisches Denken für Frauen zu erobern, sondern das Ökonomische neu zu denken und es sich damit wieder anzueignen. Die ökonomische und politische Bewertung von Reproduktionsarbeit und ihre Relationierung mit der Idee der Produktivität sind Grundmomente feministischer ökonomischer Kritik. Die feministischen Interventionen gegen die eingangs diskutierten Dichotomien von Privatheit und Öffentlichkeit, Produktion und Reproduktion, Politik und Ökonomie argumentieren allesamt in eine Richtung, die eine Re-Vision des Arbeitsbegriffs mit sich bringt. Dabei rufen feministische Ansätze in Erinnerung, dass Ökonomie nicht gleichzusetzen ist mit Kapitalismus, sondern im Kern die Grundlage unserer Existenz bildet und als solche auch wieder angeeignet werden muss. Wie Ökonomie jenseits kapitalistischer Kategorien denkbar ist, lässt sich gerade dann am Horizont gesellschaftlicher Verhandlungen erkennen, wenn die feministischen Herausforderungen an die analytischen Kernkategorien der Politischen Ökonomie angenommen werden. Die Herausforderung für feministische Perspektiven innerhalb und über die Politische Ökonomie hinweg mag mitunter darin liegen, dass feministische Theorie (und Empirie) – wie die hier versammelten Beiträge eindrücklich zeigen – an den Grundfesten des kategorialen Systems der Disziplin selbst rütteln. Genau darin liegt aber

wohl auch ihre Stärke: in der Infragestellung und Transgression enger Konzepte des Ökonomischen und in der Re-Artikulation des Politischen in der Politischen Ökonomie. Dadurch werden die androzentrischen Grundlagen des aktuellen ökonomischen Systems, seine geschlechterspezifischen Auswirkungen und Rückkoppelungen sowie seine ungleichheitsrelevanten Strukturen konturiert. Feministische Politische Ökonomie reicht gleichzeitig über die Kritik an den hegemonialen Strukturen hinaus. Sie verweist auf Risse in der hegemonialen Ordnung, sie entwirft alternative Möglichkeiten des Politischen und des Ökonomischen – und trägt so zu einer Re-Politisierung auch der Politischen Ökonomie bei.

Anmerkungen

1 www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/weltwirtschaftsforum-in-davos-vertrauensverlust-und-kapitalismuskritik-11627761.html

2 in Anlehnung an Crouchs „befremdliches Überleben des Neoliberalismus" (2011).

3 Fraser (1994, 181) bezeichnet diesen Bereich in ihrer Auseinandersetzung mit Habermas als „offizielle Ökonomie".

Literatur

Batliwala, Srilatha/**Dhanraj**, Deepa, 2006: Gender-Mythen, die Frauen instrumentalisieren. In: Peripherie, Nr. 103, 373-385.

Bauhardt, Christine/**Çağlar**, Gülay, 2010: Einleitung. Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Dies. (Hg.): Gender and Economics: Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Wiesbaden, 7-17.

Behning, Ute, 2004: Arbeit und Arbeitsteilung. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien, 191-210.

Crouch, Colin, 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin.

Cox, Nicole/**Federici**, Silvia, 1975: Counter-Planning from the Kitchen. Falling Wall Press.

Dalla Costa, Mariarosa/**James**, Selma, 1973: The Power of Women and the Subversion of Community. London.

Das Argument, 2011: Care – eine feministische Kritik der politischen Ökonomie? Hamburg 33 (3).

Dyk, Silke van, 2012: Kritik in der Krise. Zum Kritikhype im Gefolge der Finanzmarktkrise. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Scheele, Alexandra (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster, 290-311.

Esser, Josef, 1985: Staat und Markt. In: Fetscher, Iring/Münkler, Herfried (Hg.), 1985: Politikwissenschaft. Begriffe – Analysen – Theorien. Ein Grundkurs. Reinbek bei Hamburg, 201-244.

Fraser, Nancy, 1994: Widerspenstige Praktiken. Macht Diskurs Geschlecht. Frankfurt/Main.

Fraser, Nancy, 2005: Frauen, denkt ökonomisch! die tageszeitung, 7.4.2005

Gender, 2011: Gender & Care: Neudefinition von privater und öffentlicher Care-Versorgung – festgefügte Geschlechterbeziehungen? 3 (3).

Habermann, Friederike, 2008: Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation. Baden-Baden.

Holst, Elke/**Busch**, Anne/**Kröger**, Lea, 2012: Führungskräfte-Monitor 2012. DIW Berlin: Politikberatung Kompakt 65. Internet: www.diw.de/documents/publikationen/ 73/diw_01.c.407592.de/diwkompakt_2012-065.pdf (11.3.2013)

Kurz-Scherf, Ingrid, 2012: The Great Transformation – Ausstieg aus dem Kapitalismus? Ein Plädoyer für feministischen Eigensinn in den aktuellen Krisen- und Kritikdynamiken. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Scheele, Alexandra (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster, 81-105

Lang, Sabine, 2004: Politik – Öffentlichkeit – Privatheit. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien, 65-81.

Lutz, Helma, 2007: Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung. Opladen.

Lutz, Helma/**Herrera Vivar**, Maria Teresa/**Supik**, Linda (Hg.), 2010: Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzepts. Wiesbaden.

Mignolo, Walter D., 2012: Epistemischer Ungehorsam. Rhetorik der Moderne, Logik der Kolonialität und Grammatik der Dekolonialität. Wien.

Naschold, Frieder, 1984: Arbeitspolitik – Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, betriebliches Bezugsproblem und theoretische Ansätze der Arbeitspolitik. In: Jürgens, Ulrich/Naschold, Frieder (Hg.), 1984: Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit. Leviathan Sonderheft 5. Opladen, 11-57.

Sapiro, Virginia, 1998: Feminist Studies and Political Science – and Vice Versa. In: Phillips, Anne (Hg.): Feminism and Politics. Oxford/New York, 67-92.

Scheele, Alexandra, 2008: Arbeit als politisches Feld. Münster

Sesselmeier, Werner/**Blauermel**, Gregor: Arbeitsmarkttheorien. Ein Überblick. Heidelberg 1997.

Thürmer-Rohr, Christina, 2006: „Frauen, denkt ökonomisch¨? In: beiträge zur feministischen theorie und praxis 68, 19-24.

Widerspruch, 2013: Care, Krise und Geschlecht. 32 (62).

Das Geheimnis der Gouvernementalität: Der maskulinistische Ökonomie-Begriff und die verdrängte Reproduktion

GABRIELE MICHALITSCH

Die geschlechtliche Arbeitsteilung stellt einen wesentlichen Anker der herrschenden binär-hierarchischen Geschlechterordnung dar. In der Moderne als „natürliche weibliche Bestimmung“ und „Liebesdienst“ definiert, wird Reproduktionsarbeit dem bürgerlichen Ideal folgend Frauen zugewiesen, während Erwerbsarbeit, als zivilisierte Form des Kampfes gedeutet, zur männlichen Pflicht bestimmt wird. Um gesellschaftliche Anerkennung unbezahlter, „privater“ Güter- und Leistungsproduktion als Arbeit wird seit dem 19. Jahrhundert gerungen.[1] Trotz anhaltender feministischer Kämpfe, zunehmender, wenn auch vielfach marginalisierter Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt[2] und „rhetorischer Modernisierung“ (Wetterer 2003, 2005) erweist sich die geschlechterhierarchische Arbeitsteilung – und damit vielfältige Ausprägungen ökonomischer Geschlechterungleichheit – als weitgehend